

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Niederschrift 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladene die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Mohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 151

Bad Schandau, Donnerstag, den 1. Juli 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett beschloß eine Vereinfachung und Neuabgrenzung der Reichsbehörden.

* Der Reichswirtschaftsrat trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen und wählte zwei Präsidenten mit gleichen Rechten, Herrn Legien für die Arbeitnehmer und den Abg. v. Braun für die Arbeitgeber.

* Der päpstliche Nuntius Pacelli überreichte dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungsschreiben.

* Der fürstbischöfliche Delegat in Berlin, Prälat Dr. Kleinemann, tritt aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand.

* In der italienischen Kammer erhielt Ministerpräsident Giolitti ein volles Vertrauensvotum mit 316 gegen 51 Stimmen.

* In Italien kam es über die Frage des Generalfreits zu einer Spaltung zwischen der sozialistischen Parteileitung und dem Allgemeinen Arbeiterbund.

* Die antibolschewistische Armee des Generals Wrangel hat einen neuen Vorstoß gegen Sowjetrußland unternommen.

Lebensmittelkrawalle.

Es geht wieder einmal um in Deutschland, das Massengehen der Selbsthilfe mit unzulässigen und gewalttätigen Mitteln. Im Westen hat es angefangen, aber auch im Norden und im Süden des Reiches hat es schon schwere Krawalle mit Toten und Verwundeten gegeben. Die staatlichen und städtischen Behörden werden beiseite geschoben und man liest wieder von der Notwendigkeit, hier und dort den Belagerungszustand zu verhängen — ganz wie einst, als wir noch nicht die Weimarer Verfassung hatten. Ein Obsequium hat sich, dem Himmel sei Dank, über das Land ergossen, wie wir ihn seit langen Jahren nicht erlebt haben. Aber die Preise entsprechen leider Gottes nicht dieser Überfülle der Warenvorräte, und so ist es schließlich kein Wunder, daß der Born der minderbemittelten Volkskreise sich gegen diese Erscheinung auflehnt. Daß die Preissteigerungen — zum Teil wenigstens — eine absolut unvermeidliche Folge der Entwertung unserer Mark darstellten, und daß der Obstschäcker, wenn er heute sich für seine Erzeugnisse das Fünftfache des Preises bezahlen läßt, den er vor dem Kriege erhielt, damit noch lange nicht den gleichen Sachwert eingetauscht hat, den der einfache Preis der Vergangenheit für ihn darstellte, diese Wiesenwahrheit gerät in der Erregung des Augenblicks immer wieder in Vergessenheit. Man sucht — wie anderwärts ja auch — einen „Schuldigen“ und will an ihm, so oder so, seine Wut auslassen. Da man den Produzenten nicht unmittelbar zu Leibe gehen kann, wendet man sich gegen diejenigen Kreise, die die Produkte zum Verkauf stellen, und so haben die Kleinhandlcr, die vielleicht am allerwenigsten für den traurigen Stand der Dinge haftbar zu machen sind, den Schaden zu tragen. Den letzten heißen eben auch in diesem Falle die Kunde.

Es ist ganz klar, daß diese schwierigen Fragen weder durch die Verhängung des Belagerungszustandes, noch gar durch Pulver und Blei zu lösen sind. Sie sind es um so weniger, wenn sich in die Bewegung politische Erbehräfte einbringen, die sie zum Vorwand für anderweitige dunkle Pläne zu machen wünschen. Ließt man die Blätter der radikalen Linken, so findet man hier eindringliche Warnungen vor dem „Verfall der Proleten“, vor Spitzeln, die angeblich im Dienste der Gegenrevolution die Volksmassen zu Unbesonnenheiten hinreizen möchten, damit zu deren Bekämpfung endlich die heimlich sich rüstende Reaktion auf den offenen Markt des Lebens hinausstreiten kann. Nach der Darstellung von dieser Seite können die rechtsstehenden Parteien den Augenblick, wo sich neues Bürgerblut vergießen läßt, gar nicht erwarten. Sie brennen förmlich darauf, der Entente zu beweisen, daß mit einem Heere von 100 000 Mann in Deutschland unmöglich auf die Dauer auszukommen sei. Die Kommunisten sprechen von einem „Hungeraufstand“, warnen aber auch ihrerseits vor den „Maschinengewehren der Disziplinärbataillone“ und fordern die Arbeiter auf, ihr Heil lieber da zu suchen, wo sie wirklich etwas ausrichten könnten: auf dem Gebiete der Produktion. Da würde man schließlich ihrer Herr werden können.

Einen andern Weg schlägt ein großes Blatt ein, das in Berlin an allen Aufschlagläufen prangt und die Betriebsräte der Großberliner kommunalen Lebensmittelstellen, den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft des Magistrats der Stadt Berlin und die Arbeiter-Ernährungskommission zu Verfassen hat. Der Aufruf wendet sich an die Frauen und Männer der arbeitenden Großstadtbevölkerung und sucht die Verantwortung für die augenblickliche schlechte Ernährungslage von den städtischen Behörden ab- und der Landwirtschaft und der Reichsregierung zuzuwälzen. Es wird Beschwerde darüber geführt, daß trotz energischer Einsprüche gegen eine weitere Verteuerung der Lebensmittel abermals Frühbruschkampagnen eingeführt, die Preise für Brotgetreide erneut um etwa 50 % erhöht, Maßnahmen zur Senkung der Preise abgelehnt worden sind und nichts zur gerechten Erfassung und Verteilung der Lebensmittel geschahen ist. Es wird empfohlen, in öffentlichen Volksversammlungen die „unwürdige, schamlose Haltung der Landwirte und die Schwäche der Regierungskreise“ zu kennzeichnen und die entsprechenden Forderungen zu erheben. Auch in diesem Aufruf findet sich die Andeutung,

daß gewisse militärische Kreise beim Entstehen von Unruhen Gelegenheit nehmen würden, die verwirrte Situation ihren Zwecken dienlich zu machen. Diese Sprache wird sogar von ziemlich weit links stehender Seite scharf gegeföhelt. Es kann nicht darauf ankommen, die allgemeine Gereiztheit, namentlich zwischen städtischen und ländlichen Bevölkerungsteilen, noch weiter zu steigern, sondern einzig und allein darauf, durch praktische Maßnahmen zu helfen, so viel sich bei den gegebenen Verhältnissen überhaupt helfen läßt. Als Beispiel für diese vernünftige Tendenz sei auf das sonst so radikale Gera verwiesen, wo man im alleitigen Einvernehmen einen Markttag aus Erzeugern und Verbrauchern gebildet hat, der die Markt- und Ladenpreise für sämtliche Lebensmittel festsetzt. Damit wurde zunächst schon erreicht, daß der Verkauf sich in mustergültiger Ordnung vollzog. Weiter wird man aber auch in der Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft in den Grenzen des Möglichen doch wohl endlich von Worten zu Taten übergehen müssen.

Je länger desto mehr wird die Art der bisherigen Zwangswirtschaft für viele Unleidlichkeiten des öffentlichen Lebens verantwortlich gemacht, für die sich sicherlich auch noch andere Ursachen anführen lassen, die aber doch mit der Zwangswirtschaft in mehr oder weniger engem Zusammenhang stehen. Deshalb ist es notwendig, guten Willen zu zeigen, trotz aller Opposition von Ämtern und Kriegsgesellschaften.

Wir gehen allem Anschein nach dem Höhepunkt der Krisis entgegen. Die neue Regierung darf keinen Augenblick wagen, wenn sie schwere Verwundungen vermeiden will.

Spa und Versailles.

Die entscheidende Kabinettsitzung.

Das neue Reichskabinett hielt eine lange Sitzung ab, die bestimmt war, die Vorschläge Deutschlands für Spa festzusetzen. Die Sitzung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Man darf sogar ernsthafte Zweifel hegen, ob es in der Eile, die sich leider nicht vermeiden ließe, möglich sein wird, den ganzen Komplex von Fragen, der sich an Spa knüpft, eingehend durcharbeiten. Eine solche Vorbereitung erscheint unbedingt nötig, wenn es auch vielleicht dahin kommen kann, daß die Ententevertreter die deutschen Vorschläge zunächst nur entgegennehmen und sich eine endgültige Antwort darauf vorbehalten. Das wäre freilich nicht nach dem Sinne Frankreichs, das sich der Hinausschiebung der Konferenz mit der offensivsten Absicht widersetzt hat, es gar nicht zu einer wirklichen Verabredung kommen zu lassen, sondern die deutschen Abgeordneten einfach wieder vor die Tatsache hochgeschraubter kategorischer Forderungen Frankreichs zu stellen. Dem werden wohl auch diesmal, wie in San Remo, die vernünftigeren Erwägungen Englands und Italiens im Wege sein. Mehr und mehr scheint sich ja außerhalb Frankreichs die Überzeugung Bahn zu brechen, daß die Erfüllung des Vertrages von Versailles in vollem Umfang gar nicht möglich ist. Das sagt auch besonders die neutrale Presse in ihren Auslassungen über den 28. Juni, den Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Selbst ein so wenig deutschfreundliches Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß durch die Vernichtung des Wirtschaftssystems eines arbeitstätigen Volkes nur der allgemeine Ruin vorbereitet werde. Möchte das endlich auch einmal in Frankreich erkannt werden.

Polnische Willkür.

Sintertreibung der Abstammung.

Nach Feststellungen eines in Neupolen ansässigen Vertrauensmannes des Deutschen Schutzverbandes für die Grenz- und Auslandsdeutschen sind die Annahmen der deutschen Stimmberechtigten aus Polen zur Volksabstimmung richtig in die Hand der Abstimmungskommissionen in Ost- und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsausweise richtig abgeschickt worden. Aber nur ein Fünftel ist in die Hände der Stimmberechtigten gelangt. Die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teil schon an der Grenze, sonst bei der letzten Poststation beschlagnahmt worden. Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungsausweisen bei den polnischen Poststellen einen Paß nachsuchten, wurden unter Ausflüchten zurückgewiesen. Die Paßstellen verlangten meist einen besonderen Ausweis der Interalliierten Kommission. Wenn auch dieser beigebracht wurde, so wurden die Deutschen abermals unter dem Vorwand hingegehalten, daß erst Erkundigungen über sie bei den örtlichen Polizeibehörden eingezogen werden müßten. Es wird also nur ein winziger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können.

Deutscher Reichstag.

(4. Sitzung.)

CB. Berlin, 30. Juni.

Fast die ganze heutige Sitzung war der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung gewidmet. Nachdem am Nachmittage der Montagssitzung die Abg. Scheidemann für die Mehrheitssozialdemokraten, Ledebour für die Unabhängigen und Bergt für die Deutschnationale Volkspartei gesprochen hatten, kamen heute die andern Parteien zu Worte.

Bevor man sich mit der Regierungserklärung beschäftigte, hatte der Vizekanzler Dr. Heinze auf Anfrage erklärt, daß die Regierung bereit sei, die Interpellation über Vorbereitungen zum Generalfreit, über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten. Ferner wurden die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses angenommen, wonach die gegen den Abg. geordneten Mittwoch (11. Soz.) verhängte Festungsstrafe für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden sollte, ferner das Strafverfahren gegen den Abg. van den Kerckhoff (Deutschn.) für die Dauer der Session eingestellt wird. Bei diesem Verfahren handelt es sich um eine Steuerangelegenheit, und der Abg. Dr. Rosenfeld (11. Soz.) erklärte aus diesem Anlaß: „Wir stimmen dem Antrage zu. Ich stelle aber fest, daß es sich hier um eine Steuerangelegenheit handelt, und daß die Partei des Herrn Seltschick im Falle Erzberger ebenfalls eine Steuerangelegenheit ausgebeutet hat.“ — Darauf erwiderte der Abg. Schütz-Vromberg (Deutschn.): „Im vorliegenden Falle wird die Aufklärung sofort erfolgen. Im Falle Erzberger haben wir die Aufklärung verlangt aber bis heute nicht erhalten.“

Weiterbesprechung der Regierungserklärung.

Nach der Erledigung dieser Angelegenheiten sprach als Vertreter des Zentrums der Abgeordnete Trimborn. Er hob mit Nachdruck hervor, daß die Grundlage der Tätigkeit des Reichstages die Reichsverfassung sein müsse. Diese Grundlage sei unser Rückgrat. Der Redner ging hierauf des näheren auf die Nachrichten über die Bildung einer neuen Armee ein und beschäftigte sich dann mit den Finanzen des Reiches und mit der Ernährungsfrage. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde nach der Ansicht des Redners zu Preissteigerungen führen, die mit dem Wohle der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Der Brotpreis dürfe nicht weiter erhöht werden. Der Zentrumsredner schloß mit der Erklärung: „Die Männer der neuen Regierung können unseres vollen Vertrauens gewiß sein.“

Als Vertreter der Deutschen Volkspartei folgte der Abgeordnete Dr. Stresemann. Er betonte u. a. eine Koalition der gesamten Bürgerlichen war tatsächlich unmöglich. Der einzige Vorwurf, der erhoben werden könnte, würde höchstens der sein, daß diese Unmöglichkeit nicht noch einmal vor dem Lande festgestellt wurde. Es war nicht möglich, mit den Deutschnationalen zusammen eine Regierung zu bilden. Weiter beschäftigte sich der Redner mit den Auslandsdeutschen und verlangte für sie ausreichende Entschädigung.

Der nächste Redner war der Abgeordnete Schiffer für die Demokraten. Er behandelte unter anderem die Konferenz von Spa und erklärte, daß dort keine Verpflichtungen unterzeichnet werden dürften, die nicht erfüllt werden könnten, weil uns das bald wieder in den Ruf bösen Willens bringen würde.

Sierauf sprachen die Vertreter der kleineren Parteien und dann wurde die Sitzung geschlossen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der päpstliche Nuntius beim Reichspräsidenten. Der päpstliche Nuntius Pacelli wurde vom Reichspräsidenten Ebert zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Der Empfangsakt trug einen herzlichsten Charakter. Der Reichspräsident begrüßte den Nuntius mit ehrenden Worten der Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit und sein warmes Interesse an dem Wohle des Deutschen Reiches, wobei der Präsident dankend der im gleichen Sinne bewährten Haltung des Papstes gedachte. Der Nuntius verabschiedete den Reichspräsidenten seiner wärmsten Gefühle für Deutschland und hoffte, gleich dem Reichspräsidenten, daß seine Berliner Tätigkeit sowohl dem Reiche wie dem Vatikan Segen bringen werde. Da Nuntius Pacelli von den für Berlin bestimmten Hauptvertretern der Mächte als erster offiziell sein Amt angetreten hat, wird man nicht fehlgehen, in ihm den Dozenten des diplomatischen Korps zu erblicken.

* Die ungeheure Reichsschuld. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth wird in einer der nächsten Reichstags-sitzungen Zahlen nennen, die mit erschreckender Deutlichkeit die trostlose Finanzlage des Reiches zeigen. Wir haben jetzt eine Reichsschuld von 265 Milliarden Mark. Das Defizit bei der Reichseisenbahn beträgt nicht weniger als zwanzig Milliarden.

* Polnischer Massenmord in Graudenz. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, beruht die kürzlich durch die Blätter gegangene Meldung von der Erschießung von 17 deutschen Arbeiterführern aus Thorn durch die Polen leider auf Wahrheit. Am 2. Mai ist in Graudenz eine Proklamationsaktion angeschlagen worden, in der die Arbeiter aufgefördert wurde, gegen die Posttrennung Ost- und Westpreußens was dessen eventuelle Zuteilung an Polen auf das schärfste zu protestieren. Daraufhin wurden von den Polen 16 Mitglieder der Unabhängigen Partei und ein Mitglied der mehrheitssozialistischen Partei als angebliche Urheber dieser Proklamations verhaftet und standrechtlich erschossen. Die Richtigkeit dieser Meldung ist nicht nur durch Zeugenansagen, sondern auch durch Mitteilungen polnischer Zeitungen bestätigt. Mehrere deutsche Arbeiterführer sind überdies aus demselben Anlasse ebenfalls verhaftet und nach Warschau gebracht worden. Aber ihr Schicksal ist noch nichts bekannt.

* Vereinfachung der Reichsbehörden. Das Reichskabinett befaßte sich mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Auflösung veranlaßt